

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/5961 –**

Klare Konzepte für den Bau des Berliner Schlosses

A. Problem

Nachdem die Realisierung des Humboldt-Forums in einer Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses in greifbare Nähe gerückt ist, muss die Bundesregierung nach Auffassung der Fraktion der FDP die Planungen für das gesamte Bauvorhaben präzisieren. In einem Antrag fordert die Fraktion daher, dass die künftige Nutzung, die Finanzierung und der Zeitablauf genau aufgeschlüsselt werden, bevor weiterreichende Entscheidungen getroffen werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5961 abzulehnen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender und Berichterstatter

Monika Grütters
Berichterstatterin

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Monika Grütters, Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen und Katrin Göring-Eckardt

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/5961** ist in der 112. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. September 2007 an den Ausschuss für Kultur und Medien zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In ihrem Antrag geht die Fraktion der FDP zunächst auf die Vorgeschichte des Bauvorhabens ein. Nachdem die Entscheidung für die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses gefallen und der Beginn der Bauarbeiten in greifbare Nähe gerückt seien, kommt es aus ihrer Sicht nun darauf an, die Nutzung des Humboldt-Forums, seine Finanzierung und die Zeitplanung im Detail festzulegen. Deshalb will die Fraktion erreichen, dass die Bundesregierung den Auftrag erhält, ein Konzept für das Humboldt-Forum zu entwickeln, in das die veränderten Nutzungspläne Berlins einfließen und in dem öffentliche Räume berücksichtigt werden, um auch außerhalb von Öffnungszeiten für einen belebten Ort zu sorgen. Die Abgeordneten plädieren dafür, die Zuständigkeit für die Planung und die Durchführung der Baumaßnahme allein beim Bund anzusiedeln, und setzen sich für eine detaillierte und aktualisierte Übersicht über die Finanzierung des Baus und die späteren Betriebskosten ein. Die Bundesregierung soll sich für den Bau einer „Humboldt-Box“ als Informationszentrum engagieren und dieses Projekt mit Hilfe eines privaten Investors so schnell wie möglich realisieren. Schließlich soll die Regierung einen verbindlichen Zeitplan für Planung, Architektenwettbewerb und Wiederaufbau des Schlosses vorlegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 49. Sitzung am 19. September 2007 Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat innerhalb der ihm vom Ausschuss für Kultur und Medien eingeräumten, den Bestimmungen der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages entsprechenden Frist zur Mitberatung kein Beratungsergebnis mitgeteilt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner 39. Sitzung am 19. September 2007 beraten und mit

den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** begründete ihre ablehnende Haltung damit, dass es im Deutschen Bundestag bereits eine eindeutige Beschlusslage aufgrund der Beschlüsse vom 4. Juli 2002 und 13. November 2003 gebe. Das Problem liege darin, die Zuständigkeit hinsichtlich der Entscheidung über das Äußere und Innere aufzuteilen. Dies empfinde man als wenig sinnvoll und spreche sich dafür aus, die federführende Zuständigkeit dem Ressort zu übertragen, das für die Inhalte zuständig ist, mithin dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Durch die Inhalte entscheide sich letztendlich, wie der Bau aussehe. Die Bundesregierung solle sich darüber noch einmal Gedanken machen, um eine ausgewogene Lösung zu finden.

Die **Fraktion der SPD** sprach sich dafür aus, den zweimaligen Beschluss des Deutschen Bundestages in den Vordergrund zu stellen. Die Beschlusslage sei eindeutig und nicht nach Gutdünken zu interpretieren. Der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sei für die Ausschreibung und den Bieterwettbewerb zuständig und trage insofern die Verantwortung. Es sei deshalb wichtig, dass in dieser Hinsicht keine Uminterpretation der Beschlüsse des Deutschen Bundestages statfinde, da diese eindeutig gewesen seien.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, nachdem die Entscheidung für die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses gefallen und der Beginn der Bauarbeiten in greifbare Nähe gerückt seien, komme es nun darauf an, die Nutzung des Humboldt-Forums, seine Finanzierung und die Zeitplanung im Detail festzulegen. Deshalb müsse die Bundesregierung angewiesen werden, ein Konzept für das Humboldt-Forum zu entwickeln, in das die veränderten Nutzungspläne Berlins einfließen und in dem öffentliche Räume wie der Schlossplatz berücksichtigt werden. Die Fraktion plädierte dafür, die Zuständigkeit für die Planung und die Durchführung der Baumaßnahme allein beim Bund anzusiedeln. Die Bundesregierung solle sich für den Bau einer „Humboldt-Box“ als Informationszentrum engagieren und hierfür die entsprechenden Mittel vorsehen. Ein verbindlicher Zeitplan für die Planung, den Architektenwettbewerb und den Wiederaufbau des Schlosses sei unentbehrlich.

Die **Fraktion DIE LINKE.** beanstandete, die Aktivitäten des Bundes ließen kein schlüssiges Konzept für die architektonische Gestaltung des Humboldt-Forums erkennen. Sie unterstrich, die Schlossfassade sei aus ihrer Sicht lediglich ein Teil der Architektur des Humboldt-Forums. Bei dem weiteren Vorgehen sei der Blick auch auf den Umgang mit der Ruine des ehemaligen Palastes der Republik zu werfen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies auf die Notwendigkeit hin, an der Beschlusslage des Deutschen Bundestages zum Stadtschloss festzuhalten und Versuchen zu begegnen, diese Beschlusslage – aus welchen Gründen auch immer – zu umgehen.

Berlin, den 10. Oktober 2007

Monika Grütters
Berichterstatterin

Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Berichterstatter

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin